

BESCHLUSSVORLAGE V0206/19 öffentlich	Referat	Referat VII
	Amt	Amt für Verkehrsmanagement und Geoinformation
	Kostenstelle (UA)	6101
	Amtsleiter/in	Wegmann, Johannes
	Telefon	3 05-23 20
	Telefax	3 05-23 30
E-Mail	vmg@ingolstadt.de	
Datum	05.03.2019	

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität	Abstimmungs- ergebnis
Ausschuss für Stadtentwicklung, Ökologie, Digitalisierung und Wirtschaftsförderung	26.03.2019	Vorberatung	
Stadtrat	11.04.2019	Entscheidung	

Beratungsgegenstand

Einrichtung weiterer Bahnhalte in Ingolstadt und der Region
(Referentin: Frau Preßlein-Lehle)

Antrag:

1. Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt mit Vertretern der Umlandgemeinden und Landkreisen abzuklären, ob Bereitschaft besteht, gemeinsam eine Studie zur Entwicklung des regionalen Schienenverkehrs zu beauftragen.

gez.

Renate Preßlein-Lehle
Stadtbaurätin

Finanzielle Auswirkungen:

Entstehen Kosten: ja nein

wenn ja,

Einmalige Ausgaben	Mittelverfügbarkeit im laufenden Haushalt	
Jährliche Folgekosten	<input type="checkbox"/> im VWH bei HSt: <input type="checkbox"/> im VMH bei HSt:	Euro:
Objektbezogene Einnahmen (Art und Höhe)	<input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag von HSt: von HSt:	Euro:
Zu erwartende Erträge (Art und Höhe)	von HSt:	
	<input type="checkbox"/> Anmeldung zum Haushalt 20	Euro:
<input type="checkbox"/> Die Aufhebung der Haushaltssperre/n in Höhe von Euro für die Haushaltsstelle/n (mit Bezeichnung) ist erforderlich, da die Mittel ansonsten nicht ausreichen.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung herangezogenen Haushaltsmittel der Haushaltsstelle (mit Bezeichnung) in Höhe von Euro müssen zum Haushalt 20 wieder angemeldet werden.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung angegebenen Mittel werden für ihren Zweck nicht mehr benötigt.		

Bürgerbeteiligung:

Wird eine Bürgerbeteiligung durchgeführt: ja nein

Kurzvortrag:

1. Darstellung aller Anträge der letzten fünf Jahre

Im Verkehrsentwicklungsplan (VEP) der Stadt Ingolstadt, der am 27.07.2017 vom Stadtrat beschlossen wurde, nehmen Maßnahmen zur Verbesserung und Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs einen breiten Raum ein. Als kurzfristige Maßnahme erster Priorität ist zum Thema Schienenverkehr die Maßnahme „Unterstützung des Ausbaus des regionalen Schienenverkehrs“ im VEP enthalten. Die Entwicklung der Maßnahmen erfolgte im Dialog mit der Bürgerschaft sowie der Politik im Rahmen von Werkstattgesprächen.

Von der Politik wurden überdies verschiedene Anträge eingebracht, welche sich mit dem Thema befassen und nachfolgend aufgeführt sind.

Anträge zu Schienenverkehre auf Bestands- und Neubautrassen

Am 17.11.2014 wurde von der ÖDP der Antrag auf Prüfung der Machbarkeit eines Schienenhaltepunkts in Zuchering gestellt. Der Antrag wurde am 05.04.2016 dahingehend vertieft, dass die Stadt Ingolstadt gegenüber der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) eine Willensbekundung für den Bau eines Bahnhalts in Zuchering abgibt und dass auf dem ehemaligen JVA-Grundstück in Zuchering/ Weiherfeld Flächen für eine P+R – Anlage vorgehalten werden sollen. In einem weiteren Antrag vom 28.03.2018 wurde von der ÖDP beantragt, das Prüfverfahren für einen möglichen Bahnhof Zuchering mit höherer Priorität zu beschleunigen. Am 08.01.2015 wurde die Bayerische Eisenbahngesellschaft um Stellungnahme zu den Anträgen gebeten. Mit Schreiben vom 18.05.2015 an die Fraktionsvorsitzenden, Vertreter der Stadtratsgruppen und Einzelmitglieder des Stadtrats gab Herr Oberbürgermeister Dr. Lösel die negative Stellungnahme der BEG bekannt.

Am 04.03.2015 wurde von Bündnis 90 / Die Grünen die Planung einer Bahnanbindung des IN-Campusgeländes auf bestehenden Bahntrassen beantragt. Der Antrag wurde am 08.05.2018 um eine grundsätzliche Prüfung, ob eine Stadtbahn oder Straßenbahn sowohl die bestehende Gleisstrecke zum Hauptbahnhof, als auch eine neu zu errichtende Straßenbahn-Trasse Richtung Manchinger Straße nutzen kann, erweitert. Konkret wurde die Strecke der ehemaligen Bahntrasse hin zur Manchinger Straße genannt. Dieser Antrag wird gemäß Beschluss des Stadtrats vom 09.05.2018 im Rahmen der Durchführung der Bedarfsanalyse für ein Massenverkehrsmittel für den Raum Ingolstadt (siehe Punkt 3 der Vorlage) bearbeitet.

Anträge zu neuen innerstädtischen Massenverkehrsmitteln

Am 09.10.2017 wurde von der SPD der Antrag zur Durchführung einer Bedarfsanalyse für ein öffentliches Massenverkehrsmittel gestellt. Mit Beschluss des Stadtrats vom 26.07.2018 wurde die Verwaltung beauftragt, eine Bedarfsanalyse für ein Massenverkehrsmittel für den Raum Ingolstadt durchzuführen. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 120.000 € wurden zur Kenntnis genommen. Am 17.04.2018 wurde von der UDI der Antrag gestellt, ein Gutachten zu beauftragen, welches die Möglichkeiten eines neuen höherwertigen ÖPNV-Systems in Form einer Stadt- oder Straßenbahn prüft. Dieser Antrag wird gemäß Beschluss des Stadtrats vom 09.05.2018 im Rahmen der Durchführung der Bedarfsanalyse für ein Massenverkehrsmittel für den Raum Ingolstadt (siehe Punkt 3 der Vorlage) bearbeitet.

2. Perspektiven für den regionalen Schienenpersonennahverkehr

Anfang des Jahres fand bei der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) eine Besprechung zum weiteren Vorgehen i. S. regionaler Schienenverkehr statt. Die BEG ist eine 100%-Tochtergesellschaft des Freistaats Bayern, die für den Schienenpersonennahverkehr in Bayern zuständig ist und die Prüfung von neuen Schienenhalten und Gleistrassen vornimmt. Sie plant, finanziert und kontrolliert den Schienenpersonennahverkehr in ganz Bayern. Bedingt durch den personellen Wechsel an der Spitze der BEG konnte der Termin leider erst verspätet stattfinden, der neue Geschäftsführer Person A nahm persönlich am Termin teil.

Übersicht über laufende und geplante Projekte in der Region

Einleitend gab der neue Geschäftsführer der BEG einen kurzen Überblick über die laufenden und geplanten Maßnahmen und Projekte in der Region.

Neben dem Bau des Bahnhalts Ingolstadt Audi, der Ende 2019 in Betrieb genommen wird, steht der Ausbau des Bahnhofs in Gaimersheim ca. 2024 auf der Agenda der BEG. Durch den Ausbau des Bahnhofs in Gaimersheim wird es möglich sein, den Bahnhof Ingolstadt Audi im Halbstundentakt anzudienen. Des Weiteren werden die Vorbereitungen zum Ausbau des Bahnhofs Brunnen fortgesetzt. Die Inbetriebnahme des Bahnhofs Brunnen ist für Juni 2020 vorgesehen.

Die BEG weist auf das politische Ziel der bayerischen Staatsregierung hin, nach dem das Angebot auf der Schiene verbessert werden soll. Die Einführung einer flächendeckenden Taktverdichtung hat das Ziel, alle Bahnhöfe mindestens im Stundentakt andienen zu können. Die Realisierung des Ziels ist abhängig von der Finanzierung und den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln. Die Entscheidung über die Taktverdichtung ist bis Mai / Juni 2019 zu erwarten. Die sich anschließende Umsetzungszeit beträgt rund ein bis zwei Jahre.

Einschränkungen und Zwangspunkte im bestehenden Schienennetz

Die BEG macht deutlich, dass die Leistungsfähigkeit der Schieneninfrastruktur bayernweit keine Reserven mehr aufweist, so dass zusätzliche Züge und neue Bahnhalte kaum mehr realisierbar sind. Dies begründet sich durch die sehr hohe Taktdichte von Zügen auf dem bestehenden Schienennetz. Neue Züge und Bahnhalte müssen sich zeitlich in das vorhandene Fahrplangerüst einfügen, ohne bereits vorhandene Verbindungen und Umsteigebeziehungen zeitlich zu beeinträchtigen. Hier sind, auch durch den Ausbau des Fernverkehrs und den Erhalt der engen Taktverbindungen zwischen Fern- und Regionalverkehr (Ingolstadt weist einen integralen Taktknoten auf), keine Zeitkapazitäten mehr zur Verfügung, ohne dass die Verbindungsqualität leidet. Besonderer Zwangspunkt im Bereich Ingolstadt ist der Kapazitätsengpass auf den Gleisen in Nord-Süd-Richtung über die Donau. Um die Kapazität der vorhandenen Züge zu steigern, setzt die Bahn zukünftig Waggons mit einer höheren Kapazität ein. Des Weiteren werden bahnseitig die Kapazitätserhöhungen der Infrastruktur durch die Weiterentwicklung der Zugsicherungssysteme durch den Einsatz einer modernen, digitalen Gleisüberwachung geprüft (European Train Control System ETCS 2). Diese Maßnahmen werden aber kurzfristig nicht der Region Ingolstadt weiterhelfen oder konkrete Aussagen liefern, wie hier die Kapazitäten erhöht werden können.

Anregung der BEG zur Ermittlung der Potentiale bestehender und neuer Massenverkehrsmittel in der Region

Die BEG schlägt daher vor, dass die Region eine eigene Studie beauftragt, die technisch die Möglichkeiten der Erweiterung der Infrastruktur prüft. Dabei geht es nicht um die bautechnische Machbarkeit einzelner Schienenhalte, sondern um die gleistechnische und fahrplanmäßige Prüfung zusätzlicher Halte und Takte. Natürlich setzt dies voraus, dass als erster Schritt eine verkehrsplanerische Betrachtung angestellt wird, wo denn das größte Potential und der größte Nutzen weiterer Netzerweiterungen besteht. Die BEG weist darauf hin, dass sich die Prüfung der Einführung neuer Bahnhalte nicht auf die Stadt Ingolstadt beschränken sollte. Viel mehr hält die BEG einen regionalen Ansatz für die Ermittlung der Potentiale bestehender und neuer Massenverkehrsmittel für erforderlich.

Die BEG regt hierzu ebenfalls an, dass sich die Studie nicht allein auf das bestehende Schienennetz beschränkt, sondern dass ergänzende alternative Massenverkehrsmittel auf regionaler Ebene mitbetrachtet werden sollten. Es soll aufgezeigt werden, welches bestehende oder neue Verkehrsmittel auf regionaler Ebene die größten Potentiale und verkehrlichen Entlastungswirkungen hat und wie vorhandene Massenverkehrsmittel effektiv verzahnt werden können.

In einem zweiten Schritt kann die Studie durch eine verfeinerte Untersuchung hinsichtlich der Realisierung, der Kosten und der Wirtschaftlichkeit vertieft werden. Die Untersuchungen / Studien sollten dabei aus Sicht der BEG nicht nur auf den Schienenpersonennahverkehr beschränkt werden, sondern könnten auch die Einsatzmöglichkeiten anderer Verkehrsmittel wie Stadtbahnen und Busse, vor allem aber deren Wechselwirkungen mit bestehenden Verkehrsmitteln betrachten.

3. Sachstand zur Bedarfsanalyse für ein öffentliches Massenverkehrsmittel für das Stadtgebiet Ingolstadt

Entsprechend des Stadtratsbeschlusses vom 26.07.2018 wird derzeit die Auftragsvergabe für die Massenverkehrsmittelstudie vorbereitet. Dabei hat sich gezeigt, dass in einem ersten Schritt das ÖPNV-Verkehrsmodell der INVG und das Individualverkehrsmodell vom Amt für Verkehrsmanagement aktualisiert und anschließend zu einem integrierten Verkehrsmodell verschmolzen werden muss. Das aktualisierte und integrierte Verkehrsmodell bildet die Grundlage für die anschlie-

ßenden Analysen und Untersuchungen für ein Massenverkehrsmittel für den Raum Ingolstadt. Die Aktualisierung und Fusion der beiden Verkehrsmodelle wird von der INVG unter Kostenbeteiligung der Stadt Ingolstadt, Verkehrsmanagement, beauftragt werden. Nach Aussage des Fachbüros wird diese bis ca. Oktober 2019 dauern. Parallel zur Fortschreibung des Verkehrsmodells laufen Grundlagenermittlungen und Auftragsvergabe der Büros für die Massenverkehrsmittelstudie.

4. Vorschlag zum weiteren Vorgehen auf regionaler Ebene

Die Bereitschaft der Umlandgemeinden und Landkreise, sich an einer regionsweiten Verkehrsmittelstudie zu beteiligen, soll auf Ebene des regionalen Planungsverbands abgefragt und geklärt werden. In einem nächsten Schritt soll mit den Nahverkehrsbeauftragten der Landkreise und den Umlandgemeinden in direkten Gesprächen deren Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit und zur finanziellen Beteiligung an einer regionsweiten Verkehrsmittelstudie geklärt werden. Haushaltsmittel für diese Studie stehen im städt. Haushalt 2019 nicht zur Verfügung.

Wenn die Bereitschaft zur Beteiligung auf Regionsebene vorhanden ist, wird die Erstellung eines regionalen Grobgutachtens vorbereitet. Hierbei soll auf Erfahrungen anderer Städte wie z.B. Regensburg zurückgegriffen werden.